

# OSZE: Österreichischer Vorsitz im Jahr 2000

Aussenminister Wolfgang Schüssel zur Funktion der OSZE

Seit Anfang Jänner hat Österreich den Vorsitz in der Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE) inne. Österreich wird in den kommenden zwölf Monaten die Arbeiten der in Wien ansässigen Organisation koordinieren und sie nach aussen vertreten.

Aussenminister Wolfgang Schüssel

Die Aktivitäten der OSZE in den jeweiligen Problem- und Konfliktregionen werden uns diesbezüglich besonders fordern. Dem OSZE-Vorsitzland – und hier vor allem seinem Aussenminister als amtierenden Vorsitzenden – kommt gerade in Krisensituationen eine wichtige Initiativ- und Steuerungsfunktion zu.

Die OSZE hat sich, seit sie 1975 als Konferenz für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa ins Leben gerufen wurde, grundlegend gewandelt. Aus dem Forum für systemübergreifenden und systemöffnenden Dialog im alten bipolaren Blocksystem ist eine in den Problem- und Konfliktregionen aktive Feldorganisation, und damit ein wichtiges Instrument für Konfliktverhütung, Krisenmanagement und Krisennachsorge geworden. Der Grossteil der Mitarbeiter der Organisation sind in den derzeit 19 Missionen und Feldaktivitäten in Südosteuropa, den GUS-Staaten und im Baltikum, für die 86 % des Gesamtbudgets der Organisation aufgewandt werden, tätig. Die OSZE hat auf die tiefgreifenden Änderungen in der sicherheitspolitischen Landschaft Europas seit dem Fall des Eisernen Vorhanges somit mit zunehmender Operationalisierung reagiert.

Sicherheit und Stabilität auf unserem Kontinent sind durch die Proliferation regional begrenzter Konflikte bedroht. Die Konfliktursachen gehen weit über die rein militärische Dimension hinaus: Nationalismus, Vorenthaltung demokratischer Grundrechte, ungelöste Minderheitenfragen, grenzüberschreitende Kriminalität und Terrorismus, Armut und die Gefährdung unserer natürlichen Lebensgrundlagen bereiten den Nährboden für die blutigen Konflikte, etwa auf dem Gebiete des ehemaligen Jugoslawien oder im nördlichen Kauka-



Österreich hat im Jahr 2000 den Vorsitz in der OSZE. Aussenminister Wolfgang Schüssel nimmt Stellung zur Funktion dieser Gemeinschaft.

sus. Die OSZE-Missionen am Balkan werden auch während des österreichischen Vorsitzes einen wichtigen Arbeitsschwerpunkt der OSZE bilden. Die Organisation unterhält ihre grösste Feldpräsenz im Kosovo, wo sie sich gemeinsam mit den Vereinten Nationen um den Aufbau der Verwaltung und eines funktionierenden Justizwesens sowie die Etablierung freier Medien bemüht. Eine wichtige Herausforderung wird auch die Vorbereitung der Lokalwahlen, die im Herbst 2000 stattfinden sollen, sein. Ebenso wird die OS-

ZE an der Organisation und Durchführung der für April 2000 geplanten Kommunalwahlen und für Herbst 2000 geplanten Parlamentswahlen in Bosnien-Herzegowina teilnehmen. Sie führt ausserdem Aufgaben militärischer Vertrauensbildung bei Umsetzung des Dayton-Abkommens aus. Weitere Feldmissionen in Südosteuropa befinden sich in Albanien, Kroatien und Mazedonien.

Der Balkan, insbesondere der Kosovo, haben Konflikte und Probleme in anderen OSZE-Regionen überlagert.

Aufgrund ihrer breiten Mitgliedschaft – die OSZE ist das einzige gesamteuropäische Sicherheitsforum, an dem Russland vollberechtigt teilnimmt – sowie ihres umfassenden Sicherheitskonzepts kommt der OSZE jedoch auch im Kaukasus und in Zentralasien eine wichtige Rolle zu.

Sie ist die einzige internationale Organisation, die noch knapp vor Ausbruch der neuerlichen Kämpfe in Tschetschenien vor Ort präsent war. Die Tatsache, dass der amtierende Vorsitzende der OSZE im Jahre 1999, der norwegische Aussenminister Knut Vollebaek, in die Region reisen konnte, stellt einen ersten Schritt für die Fortsetzung des OSZE-Engagements dar. Österreich wird als Vorsitzland 2000 an der Notwendigkeit eines Dialoges der Konfliktparteien und einer politischen Lösung festhalten.

Der Friedensprozess in Berg-Karabach, einer armenischen Enklave in Aserbaidschan, wird einen weiteren Schwerpunkt des österreichischen OSZE-Vorsitzes darstellen. Die sogenannte Minsk-Gruppe der OSZE hat seit vielen Jahren versucht, eine politische Lösung für diesen Konflikt auszuarbeiten. Nach einer Reihe von direkten Gesprächen zwischen den Präsidenten von Armenien und Aserbaidschan im Laufe des vergangenen Jahres scheint der Prozess nun eine neue Dynamik erhalten zu haben. Sollte ein Friedensabkommen zustande kommen, wird der OSZE eine wichtige Rolle bei dessen Umsetzung zukommen.

Als amtierender Vorsitzender werde ich mich auch um eine stärkere Rolle der Organisation in Zentralasien bemühen. Wir müssen einer möglichen Destabilisierung an der Peripherie Europas entgegenwirken, da andernfalls weitreichende negative Folgen für andere Regionen in der OSZE zu gewärtigen sein werden. Einzig über die OSZE ist eine institutionelle Anbindung der Länder dieser Region an Europa gegeben.

Im Rahmen der OSZE werden wir gemeinsam mit den betroffenen Ländern versuchen, einen möglichst breiten sicherheitspolitischen Ansatz zu entwickeln, der die Förderung des Demokratisierungsprozesses mit Unterstützung dieser Länder bei der gemeinsamen Lösung ihrer sozioökonomischen

und ökologischen Probleme verknüpft. EU und OSZE müssen sich bei Verfolgung gemeinsamer Zielsetzungen nach Kräften gegenseitig unterstützen. In diesem Sinne wird Österreich als OSZE-Vorsitz 2000 engstens mit der EU-Präsidentschaft zusammenarbeiten. Ein koordiniertes Vorgehen ist insbesondere im Zusammenhang mit der Tschetschenien-Krise als auch auf dem Westbalkan von grösster Wichtigkeit. Eine Priorität dieser Zusammenarbeit wird die Operationalisierung des Stabilitätspaktes für Südosteuropa sein.

Menschenrechte bilden einen zentralen und integralen Bestandteil des umfassenden Sicherheitskonzeptes der OSZE und damit auch der täglichen Arbeit der Feldoperationen. Österreich wird sich in diesem Jahr ganz besonders den menschrechtlichen Themen Kinder in bewaffneten Konflikten, Menschenhandel, Integration von Flüchtlingen und intern Vertriebenen sowie Folter und Todesstrafe widmen. Durch die Abhaltung entsprechender Seminare soll die Öffentlichkeit für die Problem-bereiche sensibilisiert werden.

Für die Sicherheitsorganisation ist rasches Handeln im Krisenfall von grösster Bedeutung. Deshalb haben die OSZE-Teilnehmerstaaten am Istanbul Gipfel im November 1999 beschlossen, die OSZE im zivilen Krisenmanagement schneller und professioneller zu machen. Die Umsetzung dieses so genannten «REACT-Konzeptes» wird eine wichtige Aufgabe des österreichischen Vorsitzes darstellen. Zivile, bestgeschulte Experten der OSZE-Staaten – etwa in den Bereichen Polizei, Demokratisierung und Wahlbeobachtung – sollen durch den Aufbau nationaler stand-by-Kapazitäten raschestmöglich zum Einsatz gebracht werden können.

Mit diesem auszugswise dargestellten Aufgabenbereich der OSZE steht Österreich als Vorsitzland 2000 vor einer grossen und spannenden ausserpolitischen Herausforderung. Um die Öffentlichkeit im Verlaufe des Jahres umfassend über die Tätigkeit des amtierenden Vorsitzes zu informieren, hat das österreichische Aussenministerium eine eigene Website mit der Adresse [www.osze.at](http://www.osze.at) eingerichtet. Wir hoffen und freuen uns auf zahlreichen Besuch dieser Website.

## ÖVP stellt österreichische Regierung wieder in Frage

FPÖ von Jörg Haider strebt Neuwahlen an – SPÖ entscheidet in einer Sondersitzung des Präsidiums über Koalition

WIEN: Die Volkspartei (ÖVP) hat mit zwei neuen Bedingungen die schon beschlossene neue österreichische Regierung wieder in Frage gestellt. Bundeskanzler Viktor Klima (SPÖ) warnte daraufhin den Koalitionspartner, den Bogen nicht zu überspannen.

Sie werde sich nur an der Regierung beteiligen, wenn sie das Finanzressort erhalte, hiess es bei der ÖVP. Zudem forderte die Partei, dass Gewerkschaftsvertreter den vereinbarten Sparmassnahmen der neuen Koalition per Unterschrift zustimmen sollen.

Die Gewerkschaftsvertreter in der SPÖ hatten dem Regierungsprogramm zwar im Prinzip zugestimmt, allerdings hinzugefügt, dass sie weiter gegen Einsparungen im öffentlichen Dienst und gegen die Erhöhung des Rentenalters seien. Die ÖVP sieht sich durch diese Einschränkungen hintergangen und befürchtet, dass das vereinbarte Regierungsprogramm in der Praxis verwässert wird.

Sollten die Bedingungen der ÖVP nicht erfüllt werden, «wird es diesen

Koalitionsvertrag nicht geben», drohte der Fraktionsvorsitzende Andreas Kohl.

### Forderung zurückgewiesen

Die SPÖ wies die Bedingungen scharf zurück. «Ich glaube, dass es Grenzen der Zumutbarkeit gibt», warnte der SPÖ-Vorsitzende und Bundeskanzler Klima seinen langjährigen Regierungspartner. Die ÖVP fordere «ein Ministerium nach dem anderen» und unterstelle, «dass die Unterschrift des SPÖ-Vorsitzenden kein Gewicht hat».

Er werde weder das früher von der ÖVP verlangte Innenministerium noch das Finanzressort an die ÖVP abtreten. Diese Schlüsselpositionen seien mit fähigen Sozialdemokraten besetzt.

Auch der stellvertretende SPÖ-Vorsitzende und Parlamentspräsident Heinz Fischer machte die kompromisslose Haltung seiner Partei gegenüber den beiden neuen Bedingungen der ÖVP deutlich. «Wir sind der ÖVP auf halbem Weg entgegen gekommen. Wir werden aber nicht über die Hälfte gehen.»

Die SPÖ sei bei den Verhandlungen mit der ÖVP «bis zur Selbstaufgabe gegangen», berichtete Finanzminister Ru-

dolf Edlinger. Ein konservativer Finanzminister würde die «Handlungsfähigkeit des Regierungschefs entscheidend beeinträchtigen». Er warnte die ÖVP, die Sozialdemokraten wollten keine «Koalition um jeden Preis».

Verteidigungsminister Werner Fasslabend (ÖVP) widersprach Edlinger. Ein ÖVP-Finanzminister sei unabdingbar, damit eine «Budgetmisere nicht mehr auftreten kann». Sollten sich die langjährigen alten und neuen Koalitionspartner nicht einigen, blieben nach Darstellung der meisten heimischen Politologen nur noch Neuwahlen.

Die oppositionelle FPÖ des Rechtspopulisten Jörg Haider hätten jetzt kaum mehr Interesse an einer Regierung mit den Konservativen. Haider strebe Neuwahlen an, nachdem mehrere Meinungsumfragen die bisherige Nummer zwei bereits als stärkste Partei im Lande ausgewiesen hatten.

Die Sozialdemokraten wollten noch in der Nacht auf Freitag endgültig über die neue Regierung entscheiden. Klima hat das SPÖ-Präsidium aufgerufen, sich um Mitternacht für eine Sondersitzung bereit zu halten.



Österreichs Bundeskanzler Viktor Klima traf sich vor der endgültigen Entscheidung in der Koalitionsfrage um Mitternacht noch mit seinen Parteikollegen.